Regionalpolitik nach 2020

Mit einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu Bausteinen der Kohäsionspolitik nach 2010 im Juni 2017 wurden offiziell die Überlegungen für die Regionalpolitik in der nächsten Förderperiode eingeleitet.[26] Das Parlament lehnt jegliche Überlegungen ab, der Kohäsionspolitik ab 2020 einen geringeren Stellenwert zuzuweisen als bislang etwa als Folge geringerer Haushaltsmittel im Zuge des EU-Austritts Großbritanniens (Brexit)[27]. Es tritt ferner für die Beibehaltung der Ex-ante-Konditionalitäten ein, spricht sich aber für eine Abschaffung der makroökonomischen Konditionalitäten aus und befürwortet flexiblere und vereinfachte Verfahren zur Umsetzung der Politik und Auszahlung der Mittel. Auch in dieser Entschließung wird kritisch zur Initiative des EFSI Stellung bezogen: Sie dürfe die „strategische Kohärenz, die territoriale Konzentration und die langfristige Perspektive der Programmplanung der Kohäsionspolitik nicht untergraben".[28] Die Kommission wird dazu aufgefordert, einen „umfassenden Legislativvorschlag für eine starke und wirksame Kohäsionspolitik nach 2020 vorzulegen".[29]

Ausblick

In den nächsten zwölf Monaten wird die Diskussion um die Regionalpolitik nach 2020 an Fahrt aufnehmen. Über die generelle Debatte einer programmatischen Neuausrichtung hinaus wird dabei der sehr wahrscheinliche Ausfall des Vereinigten Königreiches als Nettozahler, die Probleme der rechtsstaatlichen Entwicklung in Polen und Ungarn sowie die Weigerung mittel- und osteuropäischer Länder in der Migrationsfrage zu kooperieren, eine erhebliche Rolle spielen. Für das vierte Quartal 2017 hat die Kommission den siebten Kohäsionsbericht angekündigt, der allerdings keine Aussagen zur regionalpolitischen Ausrichtung nach 2020 machen wird.[30] Im Rahmen der Durchführung der Operationellen Programme stehen die verbliebenen Aktionspläne zur Erfüllung der Ex-ante-Konditionalitäten auf der Agenda sowie gegebenenfalls die Reaktionen der Kommission bei deren Nichterfüllung. Im Rahmen der EU-Städteagenda sind die Aktionspläne für die zwölf benannten Themenbereiche zu erarbeiten. Schließlich ist über die Fortführung des Investitionsprogrammes zu entscheiden, gegen die es bislang einen Vorbehalt des Parlaments gibt, insbesondere deshalb, weil die Mittel der Investitionsoffensive ein anderes nationales Begünstigungsmuster aufweisen als das der Regionalpolitik.

Weiterführende Literatur

Christiane Krieger-Boden: EU Cohesion Policy, Past and Present: Sustaining a Prospering and Fair European Union? Kiel Working Papers 2037, Januar 2016.

Konrad Lammers: Europäische Regionalpolitik, in: Akademie für Raumforschung und Landeskunde (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, im Erscheinen.

26 Europäisches Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zu Bausteinen für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020, 13. Juni 2017, Dok. P8_TA-PROV (2017)0254.
27 Siehe auch den Beitrag „Brexit" in diesem Buch.
28 Europäisches Parlament: Entschließung zu Bausteinen für die Kohäsionspolitik, 2017, Textziffer 21.
29 Europäisches Parlament: Entschließung zu Bausteinen für die Kohäsionspolitik, 2017, Textziffer 1.
30 Europäische Kommission: Fahrplan, 7. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Juni 2017, Ares(2017)2847106.

Sportpolitik

Jürgen Mittag

Zahlreiche Fälle von Doping, Spielmanipulation und Korruption stellten die Frage nach der Glaubwürdigkeit des professionellen Sports zuletzt wiederholt ins Blickfeld von Medien und Öffentlichkeit. Der nach dem federführenden Ermittler benannte McLaren-Bericht der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), der ein über Jahre währendes flächendeckendes (Staats-)Dopingsystem in Russland offenlegte, markierte dabei nicht nur den negativen Höhepunkt, sondern verstärkte auch die Forderungen nach grundlegenden Reformen im Sport. Diesen Appellen entzogen sich auch die Akteure auf der europäischen Ebene nicht, sodass die bereits seit Längeren auf der Agenda stehenden Themen „Integrität des Sports" und „Good Governance" an die Spitze der Prioritätenliste europäischer Sportpolitik rückten.

Das wichtigste Ereignis im Zeitraum 2016/2017 stellte dabei der Arbeitsplan des Rates der Europäischen Union für die Jahre 2017 bis 2020 dar, der am 23. Mai 2017 von den europäischen Sportministern angenommen wurde. Während am bisherigen Arbeitsplan vor allem dessen begrenzte konkrete Wirkung und ein zu umfangreiches Themenspektrum mit zu vielen Expertentreffen moniert wurde, sieht der zum Juli 2017 wirksam gewordene – und bis zum Ende des laufenden EU-Finanzrahmens am 31. Dezember 2020 reichende – neue Arbeitsplan eine stärkere Konzentration vor: Künftig wird es nur noch drei Arbeitsgruppen zu den Bereichen Integrität des Sports, ökonomische Dimension des Sports sowie Sport und Gesellschaft geben.

Die Kerncharakteristika der europäischen Sportpolitik erwiesen sich im Zeitraum 2016/17 grundsätzlich stabil. Prägend ist weiterhin das Spannungsfeld von Autonomie und Intervention im Sport, das zuletzt durch verstärkte Interaktions- und Kooperationsprozesse zwischen öffentlichen und privaten Akteuren geprägt wurde. Als neue Spannungslinie zeichnet sich das Verhältnis zwischen den Interessen der gemeinnützigen Verbände beziehungsweise Vereine einerseits und den kommerziellen Anbietern andererseits ab. Seitens des organisierten Sports wird die stets betonte Sonderrolle des Sports verstärkt damit begründet, wesentliche Leistungen für die Entwicklung von Sport und Gesellschaft zu erbringen, während dies für kommerzielle Anbieter nicht in gleichem Maße gelte. Aus diesem Umstand wird wiederum die Forderung nach einer differenzierten Behandlung abgeleitet.

Prioritäten der Ratspräsidentschaften[1]

Ein zentrales Strukturmerkmal der europäischen Sportpolitik stellen die Ratspräsidentschaften mit ihren jeweiligen Prioritäten und Akzenten dar: Die slowakische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2016 betonte vor allem die Bedeutung sportbezogener Bildung beziehungsweise Persönlichkeitsentwicklung sowie das im europäischen Rahmen noch junge Feld der Sportdiplomatie. Mit letzterem knüpfte man an das im Juni 2016 vorgelegte Schlussdokument der High-Level-Group der Europäischen Kommission zu

1 Siehe auch den Beitrag „Rat der Europäischen Union" in diesem Buch.

diesem Themenfeld an.[2] Auf dem Treffen der „Sportminister" am 22. November 2016 wurde primär das Potenzial des Sports als diplomatisches Instrument erörtert. Hervorgehoben wurde in den Schlussfolgerungen, dass künftig auf den Sport als „inseparable part of public diplomacy" bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten rekurriert werde und die Sportdiplomatie bei den unterschiedlichen Aktivitäten der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes verstärkt Berücksichtigung finde. Zudem sollen Sportgroßveranstaltungen zur Vermittlung von europäischen Werten genutzt werden. Die Ratspräsidentschaft Maltas setzte ihre Prioritäten im ersten Halbjahr 2017 auf die Inklusion und das Ehrenamt sowie auf die Verabschiedung des neuen Arbeitsplans des Rates zum Sport. Als Ergebnis der Ratspräsidentschaft sind vor allem die Beschlüsse über „sport as a platform for social inclusion through volunteering" zu sehen. Hier wurde in appellativer Diktion die soziale Rolle des Sports hervorgehoben und erklärt, Sport „may support social integration, contributes to active citizenship and can be used to tackle social exclusion".[3]

Akzente der Europäischen Kommission in der Sportpolitik

Während der Rat der zentrale Ort der Willensbildung europäischer Sportpolitik ist, fungiert die Europäische Kommission vor allem als Motor, Regulator und Implementationsorgan.[4] Dieses zeigte sich unter anderem bei der zum zweiten Mal durchgeführten Europäischen Woche des Sports. Als Hauptthemen wurden die Felder „Good Governance" und „Sport und Bewegung" behandelt. Die Beteiligung von 31 Staaten und 35 europäischen Partnerorganisationen sowie die 8.000 Veranstaltungen stellten gegenüber dem Auftakt im Vorjahr eine Steigerung dar. Für 2017 sollen die Aktivitäten weiter ausgebaut werden, unter anderem durch die Erhöhung der Förderung auf bis zu 100.000 Euro pro Mitgliedstaat.

Die Akzentsetzungen der Europäischen Kommission werden auch durch die Auftritte und Ansprachen des zuständigen Kommissars deutlich. Tibor Navracsics äußerte sich in den vergangenen Monaten rege zum Sport und nahm öffentlichkeitswirksam unter anderem an dem vom Internationalen Olympischen Komitee (International Olympic Committee, IOC) ausgerichteten Forum zur Integrität im Sport im Februar 2017 in Lausanne teil. Von besonderer Bedeutung für den organisierten beziehungsweise den gemeinnützigen Sport ist die Frage nach der Zulässigkeit und Definition des europäischen Beihilferechts, womit die regulative Rolle der Europäischen Kommission angesprochen ist. Der im September 2016 von der Kommission veröffentlichte Überblick zu fünf Entscheidungen über lokale Förderaktivitäten dokumentiert eine flexiblere Handhabung von Investitionen und Förderhöhen als zulässige staatliche Beihilfen. Demgegenüber wurden aber auch erneut Sanktionen ausgesprochen, so im Juli 2016 gegen Real Madrid. Der prestigeträchtige spanische Hauptstadtverein muss fast 20 Mio. Euro zurückzahlen, da eine Neutaxierung von Immobilien im Rahmen eines Grundstückgeschäfts eine unzulässige Begünstigung darstellte.

Als weiteres wichtiges Strukturmerkmal europäischer Sportpolitik sind die vor allem von der Kommission in Auftrag gegebenen Studien zu sehen. Veröffentlicht wurden zuletzt Untersuchungen zu „im Rahmen von Sportorganisationen und (sportbezogenen) Bildungseinrichtungen erworbene[n] Qualifikationen im Bereich Sport",[5] zum „Regionalentwicklungsbeitrag des Sports mit Hilfe der Strukturfonds"[6] und zur „geschlechtsspezifische[n] Gewalt im Sport",[7] die – neben Themen wie Spieleragenten und E-Sport – auch auf dem am 8./9. März 2017 von der Kommission in Malta ausgerichteten EU-Sportforum eingehender erörtert wurden. Aufmerksamkeit weckte auch ein Bericht der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zu potenziellen Gesundheitsrisiken bei der Nutzung von Kunstrasenplätzen und der Hinweis, dass 2017 eine neue Eurobarometer-Erhebung zum Sport durchgeführt wird.

Gesamtkonzept für die Sportpolitik des Europäischen Parlaments

Unter der Leitung der neuen Vorsitzenden des CULT-Ausschusses Petra Kammerevert (S&D) wurde vom Europäischen Parlament am 2. Februar 2017 das vom finnischen Berichterstatter Hannu Takkula (ALDE) koordinierte „Gesamtkonzept für die Sportpolitik" verabschiedet.[8] Diese absehbar wichtigste Stellungnahme des Europäischen Parlaments in der laufenden Wahlperiode stellt eine umfassende Auflistung der gegenwärtigen Herausforderungen im Sport dar. Mit der neu eingeführten Kategorie der „Zugänglichkeit" wird dabei der Rolle des Breitensports und der Entwicklung von körperlicher Aktivität besondere Aufmerksamkeit beigemessen. Diese Schwerpunktsetzung des Europäischen Parlaments zeigte sich auch bereits bei dem von der European Non-Governmental Sports Organisation (ENGSO) im Europäischen Parlament organisierten „Hearing" am 6. September 2016 zum Thema: „The Way Forward for Grassroots Sport in Europe". Währenddessen hat sich die Sport Intergroup des Europäischen Parlaments traditionell mit den stärker im Profisport verhafteten Themen Dual Career, Spielertransfers und dem digitalen Markt bei Sportveranstaltungen befasst.

Kontroverse Themen

Zu den Themen, die absehbar noch Sprengkraft entfalten können, vor allem im Hinblick auf die Einordnung des rasant an Bedeutung gewinnenden E-Sports, zählt die im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zu

2 Vgl. High Level Group on Sport Diplomacy: Report to Commissioner Tibor Navracsics, June 2016, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/assets/eac/sport/library/policy_documents/hlg-sport-diplomacy-final_en.pdf (letzter Zugriff: 19.9.2017); Permanent Representatives Committee: Draft conclusions of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on sport as a platform for social inclusion through volunteering, 10 May 2017, Dok. 8937/17.

3 Siehe Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission: Study on sport qualifications acquired through sport organisations and (sport) educational institutes, 2016, abrufbar unter: https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/50481981-9ab1-11e6-868c-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF (letzter Zugriff: 19.9.2017).

4 Siehe auch den Beitrag „Europäische Kommission" in diesem Buch.

5 Siehe Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission: Study on sport qualifications acquired through sport organisations and (sport) educational institutes, 2016, abrufbar unter: https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/50481981-9ab1-11e6-868c-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF (letzter Zugriff: 19.9.2017).

6 Vgl. European Commission: Study on the Contribution of Sport to regional development through the structural funds, 2016, abrufbar unter: https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/bfb8998e-9a86-11e6-9bca-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF (letzter Zugriff: 19.9.2017).

7 Vgl. Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission: Studie zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Sport, 2017, abrufbar unter: https://publications.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/ec4da70f-d894-11e6-ad7c-01aa75ed71a1/language-de/format-PDF/source-31834560 (letzter Zugriff: 19.9.2017).

8 Siehe European Parliament: Report on an integrated approach to Sport Policy: good governance, accessibility and integrity, 2016/2143(INI).

klärende Frage, ob Bridge ein Sport im Sinne der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie sei. Während der klagende nationale Bridge-Verband von England (EBU) die Mehrwertsteuer auf Teilnahmegebühr von Bridgeturnieren zurückfordert, da diese „in engem Zusammenhang mit Sport und Körperertüchtigung" stehen, haben die britischen Steuerbehörden diese Frage bislang negativ beschieden. Der Generalanwalt Szpunar hat in seinen Schlussanträgen im Sinne des Klägers festgestellt, dass ein körperliches Element nicht notwendig sei und dass es sich bei der spezifischen Bridge-Variante um Sport im Sinne der Mehrwertsteuerrichtlinie handele.

Professionalisierungs- und Europäisierungstendenzen der Verbände

Der organisierte Sport hat auf die Ausweitung öffentlicher Sportpolitik im EU-Rahmen mit anhaltenden Professionalisierungs- und Europäisierungsprozessen[9] reagiert. Exemplarisch hierfür steht das EOC-EU-Office in Brüssel, das nicht nur im Rahmen der Europäischen Olympischen Komitees (European Olympic Committees, EOC) die Interessen von 50 Nationalen Olympischen Komitees, sondern auch diejenigen nationaler und europäischer Fachverbände vertritt. Zu den Aktivitäten des Büros zählen – neben der regelmäßigen Information der nationalen Verbände – die Vorbereitung von strukturierten Dialogformen wie die Gespräche der „EOC EU Commission". Hinzu kommen sogenannte „Special Competence Seminars", in denen Vertreter der Partner-Organisationen geschult werden. Des Weiteren werden hohe Funktionsträger in repräsentativen Foren zusammengebracht, so etwa zuletzt im Juni 2017 beim fünften Abend des Europäischen Sports, der in Anwesenheit vom designierten EOC-Präsidenten Janez Kocijančič, EU-Kommissar Tibor Navracsics, IOC-Präsident Thomas Bach und vom Kultusminister der bevorstehenden estnischen Präsidentschaft Indrek Saar stattfand. Parallel zu diesen Professionalisierungstendenzen formieren sich weitere europäische Dachverbände im Sport. So wurde im Juni 2017 im bulgarischen Warna die „Association of European National Olympic Academies" als europäische Dachorganisation der nationalen olympischen Akademien gegründet. Die im Oktober 2016 vom EOC getroffene Entscheidung, die zweiten Europaspiele 2019 in Minsk auszutragen, verdeutlicht den anhaltenden Bedeutungszuwachs der europäischen Ebene, aber auch das gestiegene Konfliktpotenzial.

Die wissenschaftliche Forschung zur Sportpolitik im europäischen Kontext präsentiert sich weiterhin disparat. Neben hochspezialisierten Einzelstudien sind zuletzt auch Überblickswerke erschienen, die einzelne Themenfelder und Zeitabschnitte, nicht zuletzt auch in historischer Perspektive, systematisch beziehungsweise bibliografisch behandeln. Neu und vielversprechend ist der Ansatz, europäische Sportpolitik theoriegeleitet zu analysieren.

Weiterführende Literatur

Niels De Kind/Jeroen Scheerder/Hendrik Vos: EU sport policy according to neofunctionalists. The foundation of the Erasmus + Sport Programme, Leuven 2017.

Arnout Geeraert/Edith Drieskens: Normative Market Europe: the EU as a force for good in international sports governance?, in: Journal of European Integration 1/2016, S. 79-94.

Markwort Herzog/ Fabian Brändle (Hrsg.): Europäischer Fußball im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2015.

Robin Streppelhoff: Korruption im Fußball. Eine Bibliografie, in: Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Hrsg.), Bonn 2015.

9 Siehe auch den Beitrag „Lobbyismus in der partizipativen Demokratie" in diesem Buch.

Tourismuspolitik

Anna-Lena Kirch

Die steigende Anzahl islamistisch motivierter terroristischer Anschläge wirkte sich wie bereits im vorausgegangenen Jahr auch in den Jahren 2016 und 2017 negativ auf die Tourismusbranche in der Europäischen Union aus. Darüber hinaus identifizierten EU-Vertreter eine Vielzahl mittel- und langfristiger Herausforderungen wie Nachhaltigkeit in der Tourismusbranche und die Vereinbarkeit mit europäischer Klimapolitik, den steigenden Konkurrenzdruck durch Drittstaaten, Regulierungsanforderungen im Zuge zunehmender Digitalisierung und sich ändernde Zielgruppen im Kontext des demographischen Wandels.[1] Angesichts dieser Ausgangssituation kritisierte das Europäische Parlament wiederholt das Fehlen einer konsistenten EU-Tourismuspolitik, die die verschiedenen tourismusrelevanten Querschnittsbereiche – unter anderem Handels-, Umwelt- und Verkehrspolitik – zusammenführt, und forderte daher bereits 2015 in einem Initiativbericht[2] eine Neuauflage des Aktionsplans der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010[3] in Kombination mit einem gesonderten EU-Budgetposten im mehrjährigen EU-Finanzrahmen und einem festen Personalstock, um europäische Tourismuspolitik konsequenter voranzutreiben. Von Seiten des Rates der Europäischen Union blieben vergleichbare Forderungen jedoch aus. Die deutsche Bundesregierung beispielsweise betonte in ihrem „Tourismuspolitischen Bericht" in der 18. Legislaturperiode, dass es „bei der Vermarktung der Tourismusdestination Europa (...) auf die Einhaltung der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten zu achten" gelte.[4] Vor diesem Hintergrund kam die Europäische Kommission der Forderung des Europäischen Parlaments nach einem umfassenden Grundsatzdokument bislang nicht nach. Neue tourismusrelevante Impulse wurden jedoch beispielsweise im Bereich der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum sowie an der Schnittstelle von Tourismus und Kultur gesetzt.

1 European Parliament: Major challenges for EU tourism and policy responses, Briefing, May 2017, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=EPRS_BRI(2017)603932 (letzter Zugriff: 17.6.2017).

2 European Parliament: Report on new challenges and concepts for the promotion of tourism in Europe, 22 September 2015, 2014/2241(INI).

3 Europäische Kommission: Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus, KOM(2010) 352 final.

4 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung, 18. Legislaturperiode, 17.5.2017, S. 46, abrufbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Tourismus/tourismuspolitischer-bericht.html (letzter Zugriff: 17.6.2017).